

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 32. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. März 2007, 13 Uhr,
im Sartori & Berger-Speicher in Kiel

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Axel Bernstein (CDU)

i. V. von Wilfried Wengler

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Heike Franzen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Gespräch mit dem Landeskonservator Dr. Paarmann im Landesamt für Denkmalpflege | 5 |
| 2. Gespräch mit dem Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Dr. Ahlers | 6 |
| 3. Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung und Ausführung zum Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS-Gesetz -ZVS ZuAG-) | 7 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1212 | |
| 4. Hochschulpakt | 9 |
| Bericht der Landesregierung zum Berichtsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1191 (neu) | |
| Vorlage des Wissenschaftsministeriums Umdruck 16/1832 | |
| 5. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz | 11 |
| 6. Neues Schulgesetz erfordert neue Lehrerbildung | 12 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1217 | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/1848 | |

-
- 7. Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein** **13**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1218
- Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1847
- 8. Bericht des Bildungsministeriums über das Konzept der Kontingentstundentafel** **14**
- hierzu: Umdruck 16/1856
- 9. Ausbringung neuer Planstellen gemäß § 12 b Nr. 8 Haushaltsgesetz 2007/2008** **15**
- Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 16/1757 und 16/1822
- 10. Verschiedenes** **17**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 13:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Landeskonservator Dr. Paarmann im Landesamt für Denkmalpflege

Landeskonservator Dr. Paarmann berichtet über die Arbeit des Landesamtes für Denkmalpflege und die Bedeutung der Denkmalpflege, die sich dem Problem eines spürbaren Rückgang des Personals vor allem in den Kreisen und eines drohenden Verlustes des erforderlichen Know hows im Handwerk gegenübersehe. Bei der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes wünsche er sich, dass das Landesamt für Denkmalpflege als Landesoberbehörde erhalten bleibe und künftig auch für die Hansestadt Lübeck zuständig sei. Der Prozess der Unterschutzstellung solle vom konstitutiven Verfahren auf das sogenannte Listenverfahren umgestellt und die Unterscheidung zwischen eingetragenen und einfachem Kulturdenkmal aufgegeben werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Dr. Ahlers

Dr. Ahlers berichtet anhand einer den Ausschussmitgliedern vorliegenden Präsentation über die Aufgaben der Landesbibliothek. Mit der Dänischen Zentralbibliothek arbeite man gut zusammen. Die Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv in Schleswig, das andere Aufgaben habe, konzentriere sich auf Ausstellungen. Die Digitalisierung der Bestände schreite voran. Ein Großteil der Nutzer der Landesbibliothek seien Studierende.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung und Ausführung zum Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS-Gesetz -ZVS ZuAG-)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1212

(überwiesen am 22. Februar 2007)

Die Abgeordneten Birk und Spoorendonk kritisieren, dass die politische Spitze des Wissenschaftsministeriums zum wiederholten Male nicht anwesend ist.

Abg. Weber möchte wissen, inwieweit geplant sei, sich bei nicht klassischen ZVS-Fächern der Beratungskompetenz der ZVS zu bedienen, und welche Kosten dadurch entstünden.

Abg. Dr. Klug fragt nach den Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf das Kapazitätsrecht (Artikel 7 des Gesetzentwurfs).

Abg. Birk kritisiert, dass sich Nachwahlverfahren zum Teil so lange hinzögen, dass das Semester schon längst begonnen habe. Außerdem setzt sie sich dafür ein, den Anteil von Studentinnen in den Fächern zu erhöhen, in denen Frauen unterrepräsentiert seien.

Abg. Spoorendonk bittet um Erläuterung der in Artikel 19 geregelten Kündigungsfristen des Staatsvertrages und deren praktischen Auswirkungen.

AL Dr. Hendriks führt aus, inwieweit sich die Hochschulen der zentralen Serviceleistungen der ZVS bedienen, könne das Ministerium zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Zur landesweiten Studienplatzvergabe werde die Landesregierung einen Vorschlag unterbreiten, der das in nahezu allen Bundesländern praktizierte Bandbreitenmodell oder das sogenannte Verhandlungsmodell, das in Hamburg angewendet werde, berühre. Mit den im neuen Hochschulgesetz geschaffenen Möglichkeiten hoffe man den Bedarf an zusätzlicher Lehrkapazität abdecken zu können. Das Auswahlrecht der Hochschulen, das sich in den USA und in Großbritannien sehr bewährt habe, stärke die Eigenständigkeit der Hochschulen. Der Anteil weiblicher Studierender liege in manchen Fächern, zum Beispiel Medizin, deutlich über dem männlicher Studierender. Wenn der Staatsvertrag von einem Land gekündigt werde, gelte er für die übrigen Bundesländer fort.

Der Bildungsausschuss beschließt, bis zur nächsten Sitzung zum Gesetzentwurf schriftliche Stellungnahmen der Rektorate, der ASten und der Gleichstellungsbeauftragten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie der Universität zu Lübeck einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Hochschulpakt

Bericht der Landesregierung zum Berichtsantrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1191 (neu)

(ohne Aussprache überwiesen am 22. Februar 2007 an den Bildungsausschuss
zur Berichterstattung durch das Wissenschaftsministerium)

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/1832

Abg. Weber bittet darum, dass sich der Bildungsausschuss in seiner nächsten Sitzung mit der zweiten Säule des Hochschulpaktes, Forschungsförderung, befasst.

Auf eine Reihe von Fragen aus dem Ausschuss trägt AL Dr. Hendriks vor, hinsichtlich der angebotenen Studienfächer seien die fünf norddeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein zu dem Ergebnis gekommen, dass eine relativ gute Breitenwirkung entstehe und es keine unververtretbaren Duplizitäten gebe. Im Zuge der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sei keine Herabsetzung des Curricularnormwertes und eine Ausweitung der Lehre vorgesehen. Für die Umsetzung des Hochschulpaktes sei die Zahl der Studienanfänger maßgebend; die Zahl der Studienabbrecher spiele in diesem Zusammenhang keine Rolle. Der Hochschulpakt solle über das Jahr 2010 hinaus weitergeführt werden; eine Ausfinanzierung sei vorgesehen. Das Jahr 2005 sei bundeseinheitlich als Referenzjahr festgelegt worden. Die dem Hochschulpakt zugrunde liegende Entwicklung der Studienanfängerzahlen, die auf eine Berechnung des BMBF zurückgingen und gegenüber der KMK-Prognose niedriger ausfielen, halte man auch vor dem Hintergrund für realistisch, dass die Zahl der Studienanfänger in Schleswig-Holstein im Jahr 2006 entgegen der Prognose um insgesamt 4 % zurückgegangen sei.

Nach intensiver Erörterung und angesichts der Notwendigkeit gesellschaftlicher Bedarfe seien die Hochschulen bereitwillig darauf eingegangen, den überwiegenden Teil der zusätzlichen Mittel für die Ausweitung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und technischen Disziplinen einzusetzen. Schleswig-Holstein werde bis zum Jahr 2010 rund 4.000 zusätzliche Studienanfänger aufnehmen.

Zur Umsetzung der beiden Säulen des Hochschulpaktes schlossen Bund und Länder eine Verwaltungsvereinbarung. Ende März werde sich das Kabinett mit der landesseitigen Gegenfinanzierung des Hochschulpaktes befassen. Der Wissenschaftsminister habe immer deutlich gemacht, dass die Hochschulen mehr Geld benötigten und die Etats der Hochschulen auf keinen Fall reduziert werden dürften. Im Jahr 2009 würden die tatsächlich erreichten Zahlen an zusätzlichen Studienanfängern ermittelt und gegebenenfalls entsprechende finanzielle Anpassungen vorgenommen werden. Mit einer Halbierung der Studienplätze in bestimmten Fächern infolge der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sei das Ministerium nicht einverstanden (zum Beispiel Geschichte an der CAU).

Abschließend weist der Abteilungsleiter darauf hin, dass sich ein zwingender Zusammenhang zwischen Einführung von Studiengebühren und Entwicklung der Studierendenzahl nicht belegen lasse, wie die rückläufigen Studierendenzahlen in den studiengebührenfreien Bundesländern Sachsen und Schleswig-Holstein zeigten.

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zum Hochschulpakt, Umdruck 16/1832, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet kurz über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz zur ZVS-Reform, zur Vermeidung einer Überspezialisierung in der Berufsausbildung und zur gegenseitigen Anerkennung von konsekutiven Lehramtsstudiengängen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Neues Schulgesetz erfordert neue Lehrerbildung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1217

(überwiesen am 22. Februar 2007)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/1848

Abg. Birk legt Wert darauf, dass die Landesregierung noch vor der Sommerpause ein Konzept zur Lehrerfortbildung und bis zum Herbst ein Konzept zur Lehrerausbildung vorlege.

Die Abgeordneten Dr. Höppner und Herold bringen den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/1848 ein, der offen formuliert sei und auf eine Fristsetzung verzichte.

In alternativer Abstimmung stimmt Abg. Birk für ihren Antrag Drucksache 16/1217, CDU und SPD stimmen für den Änderungsantrag Umdruck 16/1848. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1217 in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/1848 anzunehmen. Der Bildungsausschuss erwartet, dass das Konzept der Landesregierung für die Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte bis Ende des Jahres vorliegt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1218

(überwiesen am 22. Februar 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Sozial-
ausschuss)

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1847

Die Beschlussfassung über den FDP-Antrag **Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1218, wird zurückgestellt. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag im Rahmen des Selbstbefassungsrechts einstimmig, die vom Landtag bereits angenommenen Berichtsanträge zur **Sprachförderung in Schleswig-Holstein**, Drucksachen 16/1149 (neu) und 16/1237, durch einen neuen gemeinsamen Antrag zu ersetzen, Umdruck 16/1847.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über das Konzept der Kontingentstundentafel

hierzu: Umdruck 16/1856

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet über die vorgesehene Einführung der sogenannten Kontingentstundentafel, Umdruck 16/1856

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass die Einführung der Kontingentstundentafel die Probleme eines Schulwechsels weiter verschärfe.

Abg. Birk begrüßt die Flexibilisierung durch Einführung der Kontingentstundentafel, thematisiert die Frage des Beginns der zweiten Fremdsprache und wünscht sich die Abkehr vom 45-Minuten-Takt und eine stärkere Rhythmisierung des Unterrichts.

St Dr. Meyer-Hesemann weist auf den Zielkonflikt zwischen größerer Eigenverantwortung der Schulen auf der einen und der Frage der Vergleichbarkeit und Mobilitätsprobleme auf der anderen Seite hin. Die Schule sei aufgefordert, bei Schulwechseln durch gezielte Fördermaßnahmen sicherzustellen, dass die betreffende Schülerin oder der betreffende Schüler den Anschluss an die Klasse schaffe. Das Gleiche gelte für den Wechsel eines Kindes von der Regionalschule ans Gymnasium hinsichtlich der zweiten Fremdsprache. Unabhängig von der Einführung der Kontingentstundentafel werbe das Ministerium weiter dafür, dass die Möglichkeiten der Rhythmisierung des Unterrichts in deutlich stärkerem Umfang wahrgenommen würden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Ausbringung neuer Planstellen gemäß § 12 b Nr. 8 Haushaltsgesetz
2007/2008**

Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 16/1757 und 16/1822

St Dr. Meyer-Hesemann begründet die Stellenumwandlung innerhalb der Schulkapitel mit einer Anpassung an die Entwicklung der Schülerzahlen, die an den Gymnasien stiegen und im Grund-, Haupt- und Realschulbereich zurückgingen. Die Stellentransformation führe in den nächsten Haushaltsjahren zu Minderausgaben, ab dem Jahr 2013 zu geringen Mehrkosten.

RL Kaempfe teilt mit, die Zahl der Realschüler sinke von 62.324 Schülerinnen und Schülern auf 60.851, also um circa 1.500 Schülerinnen und Schüler. Unter Einbeziehung mehrerer Faktoren müssten rund 50 Stellen aus dem Realschulbereich abgezogen werden bezogen auf die Schülerzahlprognose, die im Handling zunehmend schwieriger werde.

Abg. Dr. Klug stellt fest, dass die vom Bildungsministerium beantragte Stellenumschichtung angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen sachlich begründet sei. Es sei allerdings unbefriedigend, dass die Schülerzahldaten, die der Verteilung der Lehrerstellen zugrunde lägen und bereits Anfang September 2006 abgefragt worden seien, erst jetzt vorlägen. Er wünsche sich, dass das Verfahren beschleunigt werde und die Daten zur Schülerzahlentwicklung spätestens zum Abschluss der Haushaltsberatungen vorlägen.

Abg. Birk bittet das Bildungsministerium, dem Ausschuss auch die Schülerzahlen für die Hauptschulen und Gymnasien zu nennen. Sie kritisiert, dass entgegen der politischen Aussage der Bildungsministerin auch aus dem Grundschulbereich Stellen zugunsten des Gymnasiums umgeschichtet würden.

St Dr. Meyer-Hesemann sieht wenig Anlass zu der Hoffnung, dass sich das Verfahren der Schülerzahlprognose beschleunigen lasse. Er macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die in Rede stehenden Stellen nicht aus politischen Gründen, sondern einzig und allein aufgrund veränderter Bedarfe verlagert würden. Selbstverständlich werde die Landesregierung weiterhin ihr Augenmerk auf die Grundschulen richten und stelle mit der Einführung des Englischunterrichts, der Verlässlichen Grundschule und dem Förderfonds zusätzliche Ressourcen bereit.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Finanzausschuss, den Antrag Um-
druck 16/1757 anzunehmen, weil er in der Sache begründet ist.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Bildungsausschuss kommt überein, sich an der vom Innen- und Rechtsausschuss im August 2007 geplanten Anhörung zur Entwicklung des Sports zu beteiligen.

- b) Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Bildungsausschusses am 15. Februar 2007 wird bei Tagesordnungspunkt 2 „Verwendung der Kompensationszahlungen des BMBF nach Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe ‚Bildungsplanung‘“ im dritten Satz auf Wunsch von St Dr. Meyer-Hesemann (Umdruck 16/1833) wie folgt korrigiert: „Im Schulbereich sollten die Mittel im Sinne der bisherigen Aufgaben der Gemeinschaftsaufgabe auch für gemeinsame Vorhaben der KMK verwendet werden...“

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer